

Washington, den 31. Januar 1974

V e r m e r k

Über Gespräch BM Bahr mit dem Stellvertr. Aussenminister Rush

- 1) Zu Berlin bemerkte BM, er habe das Gefühl, daß die SU sich nicht im klaren sei, daß man sich direkt auf eine Krise zubewege. Diese Beurteilung ergebe sich nicht nur aus der Ankündigung der DDR, daß sie erwäge, Angehörigen des Umweltbundesamtes den Transit zu verweigern und damit eine bestimmte Kategorie vom Transit auszuschliessen, sondern auch daraus, daß vor zwei Tagen Konsequenzen für den Fall angedroht worden seien, daß die Bundesregierung den Handel mit DM-Ost nicht unterbinde. Dies könne u. a. zur Folge haben, daß die DDR besondere Kontrollen einrichte, um die, wie sie behauptet, illegale Einfuhr von DM-Ost zu verhindern. Die Sowjets glaubten offenbar, der Westen versuche, das mühsam erreichte Gleichgewicht zwischen den östlichen Interessen an einer Verringerung der Bundespräsenz und dem westlichen Interesse an Freiheit auf den Zugangswegen einseitig durch die Erhöhung der Bundespräsenz, wie sie durch das Umweltbundesamt zum Ausdruck komme, zu verändern. Die SU sei offensichtlich der Auffassung, daß sie sich überlegen müsse, wie sie dieses Gleichgewicht aufrechterhalten könne, wozu sich dann Massnahmen gegen den Transitverkehr besonders eignen. Zum Umweltbundesamt wolle er, BM, lediglich sagen, daß die Bundesregierung über die Auffassung der drei Westmächte befriedigt sei, daß dessen Errichtung in Berlin nicht gegen das VMA verstosse, was im Übrigen auch die Auffassung der Bundesregierung sei. Wir seien im Übrigen grundsätzlich daran interessiert, möglichst viele Bundesbehörden bzw. Bundeseinrichtungen nach Berlin zu legen, was selbstverständlich auch das Ziel des Senats sei, der bereits eine Liste von 54 möglichen Projekten habe.

Wenn man es zulasse, daß die DDR in die Lage komme, einmal Kontrollen auf den Transitwegen einzuführen, werde selbst nach Aufhebung solcher Kontrollen die Situation nie mehr so sein wie vorher, da der DDR damit der Beweis gelungen sei, etwas gegen den Transitverkehr tun zu können.

Der SU müsse deshalb in aller Deutlichkeit klargemacht werden, wie ernst man die Lage auf westlicher Seite beurteile, wobei vor allem die Haltung der USA von besonderer Bedeutung sei. Ausserdem müsse die SU daran erinnert werden, welche Rolle das Zustandekommen des VMA für die Reise Präsident Nixons nach Moskau im Jahre 1972 für MBFR und KSZE gehabt hätte.

Die SU halte ihre Position insofern für gut, als sie glaube, die DDR gewähren lassen zu können zumindest so weit, als die drei Westmächte nicht protestierten. In dem Mass, in dem dies nicht geschehe, werde der Spielraum der DDR für Störungen erhöht. Die SU fühle sich wohl erst nach einer entsprechenden Reaktion der drei Westmächte ihrerseits zu einer unmittelbaren Reaktion aufgerufen. Er, BM, glaube deshalb, daß eine verbindliche Interpretation des VMA erforderlich sei, wofür ihm Konsultationen nach den im Abkommen vorgesehenen Mechanismen unsusweichlich erschienen. Die Bundesregierung werde jede Interpretation akzeptieren, die sie von den drei Westmächten erhalten würde. Sie habe im Übrigen gegenüber der SU keinen Zweifel daran gelassen, daß Fortschritte im Handels- und Kooperationsbereich nicht möglich seien, solange die DDR ihre bisherige Haltung beibehalte.

Rush erklärte, nach seinen Informationen gingen die Schwierigkeiten in der Angelegenheit des Umweltbundesamtes und bei der Frage der vollen konsularischen Betreuung Westberlins unmittelbar auf die SU zurück, die die DDR auch hier unter strikter Kontrolle halte. Der Grund für dieses Verhalten der SU sei in Wahrheit nicht so sehr Berlin, sondern die Absicht, auf die Bundesrepublik Druck auszuüben, um sie im Bereich von Handel und Kooperation zu schnelleren und grösseren Konzessionen zu bewegen. Ausserdem befürchte die SU eindeutig

die Errichtung weiterer Bundesbehörden in Westberlin und damit die Stärkung der Bindungen der Stadt an den Bund, wenn die Errichtung des Umweltbundesamtes einmal gelungen sei. Dies sei ganz deutlich auch aus seinem Gespräch mit Dobrynin hervorgegangen. Ein solcher Ausbau der Bindungen sei aber, sofern er nicht Fragen der Sicherheit und des Status berühre, nach der Verhandlungsgeschichte und dem Wortlaut des VMA nach amerikanischem Verständnis grundsätzlich möglich. Gerade dieser Passus des Abkommens sei eindeutig dynamisch aufzufassen, während die anderen Teile eher einen statischen Charakter hätten. Sicher sei, daß der Transitverkehr niemals als eine mögliche Waffe gegen die angebliche Verletzung anderer Teile des Abkommens aufgefasst wurde, weshalb auch er die östliche Auffassung von einem Wiederherstellen des Gleichgewichts als äusserst ernst für Bestand und Funktionieren des VMA ansehe. Allerdings glaube er, daß es mit Sicherheit zu einem Zusammenstoss mit der SU kommen werde, wenn nach dem Umweltbundesamt noch weitere Bundesbehörden in Westberlin errichtet würden. Auch er sei der Auffassung, daß wir mit einem Schlag der DDR gegen die Transitwege in Grunde wieder die Situation wie vor dem Abkommen hätten. Im Übrigen wolle er darauf hinweisen, daß die USA die DDR noch nicht anerkannt hätten, was sicherlich die Verhandlungsposition gegenüber der SU erheblich verbessere. Wichtig erscheine ihm ausserdem, daß keine weiteren Schritte in der Angelegenheit des Umweltbundesamtes unternommen würden ohne vorherige enge Konsultation der drei Westmächte untereinander und mit der Bundesregierung.

In diesem Zusammenhang würde es seine Regierung begrüßen, wenn bei künftigen Initiativen bezüglich Berlins die Bundesregierung die Westmächte konsultieren würde bevor dies in die Presse und damit in die öffentliche Auseinandersetzung käme. Gerade die Art der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik sei oft wenig hilfreich für die Sache Berlins, ausserdem würde den Westmächten die Wahrnehmung ihrer originären Rechte in Berlin erschwert, wenn sie erst durch die öffentliche Auseinandersetzung mit der Problematik einer beabsichtigten Initiative befasst würden. So sei nach seinem Eindruck auch die ^{Wahrnehmung} Situation vor der grundsätzlichen Ent-

scheidung der Bundesregierung, das Umweltbundesamt in Berlin zu errichten, nicht ausreichend gewesen.

2) Luftverkehr

Auf die Frage von BM nach dem Stand der amerikanischen Überlegungen zur Frage der Landung der LH in Berlin erklärte Rush, er sei im Augenblick nicht genau unterrichtet, werde sich aber vortragen lassen und ggf. auch auf Beschleunigung drängen.

3) US-Verteidigungskonzeption

Rush erklärte auf Frage, die Äusserungen Schlesingers vom 10. Januar bedeuteten keine grundsätzliche Änderung der bisherigen Verteidigungskonzeption, sondern seien lediglich als eine Änderung der Bedeutung bestimmter Ziele aufzufassen. Dies sei notwendig gewesen, da die SU ihr strategisches Potential in jüngster Zeit qualitativ so verbessert habe, daß die Gefahr bestehe, daß ihre bisher schon vorhandene quantitative Überlegenheit sich ungünstig für die USA auswirken könne. Für NATO, SALT und MBFR habe dies aber keine Auswirkungen.

4) MBFR

Rush ging abschliessend noch auf MBFR ein und erklärte, er verfolge mit grosser Sorge die offenkundigen Bestrebungen der SU, bei der Reduzierung von einheimischen Streitkräften im Grunde nur an einer Verringerung der Bundeswehr interessiert zu sein. Würde die SU dieses Ziel erreichen, so würde dies erhebliche Auswirkungen auf die konventionelle Abschreckung des Bündnisses haben. Eine Verringerung der Bundeswehr liege weder im Interesse Europas noch der USA. Wenn die USA ihre Truppen reduzieren, so müsste die logische Folge sein, daß es der Bundeswehr erlaubt werde, ihre Truppen zu erhöhen, um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Die USA hielten die Bundeswehr für den entscheidenden Beitrag zur NATO, ohne den das Bündnis nicht mehr viel wert wäre. Im Übrigen solle man den Wert starker konventioneller Streitkräfte im Hinblick auf die Fähigkeit nicht unterschätzen, in Krisenzeiten dem Gegner Signale über mögliche Reaktionen zu schicken, wie man dies u.a. bei der Alarmierung der amerikanischen Truppen im Nah-Ost-Krieg gesehen habe. Ausserdem solle man nicht übersehen, daß das Konzept des "common ceiling" im Grunde auf

einer starken Bundeswehr beruhe. Wenn deshalb eine Truppenreduzierung unvermeidlich sei, so dürfe man zumindest eine Entwaffnung dieser Truppenteile nicht zulassen, sondern sie auf jeden Fall in Reserve halten. Wenn US-Truppen stärker reduziert würden, so müsse es möglich werden, die Stärke der Bundeswehr zu erhöhen. Aber er sehe wohl, daß es zu Reduktionen der Bundeswehr hoffentlich nur sehr geringer Art in einer zweiten Phase kommen werde, die er auf 2 - 3 Jahre ansetze, während er eine Vereinbarung über die erste Phase bis zum Ende dieses Jahres für möglich halte.

BM Bahr erwiderte, es sei klar, daß die USA vor allem daran interessiert seien, ihre und die sowjetischen Truppen zu reduzieren. Das Konzept des "common ceiling" sei nach seiner Ansicht jedoch nur durchsetzbar, unter Einschluss der Bundeswehr. Wir hätten bisher die Belastungen geteilt, nun müssten auch die Entlastungen geteilt werden. Er halte es deshalb für unerreichbar, daß bei einer Reduzierung amerikanischer Truppen die Bundeswehr ihre Truppenstärke steigern könne. Wenn es Reduzierungen gäbe, dann nur Reduzierungen aller, wobei die Quoten genau festgelegt werden müssten, weil ohne eine solche Festlegung u.U. Länder wie Belgien und die Niederlande mehr reduzieren würden als uns lieb sei. Im Übrigen sei es doch so, daß die Bundeswehr US-Truppen nie ersetzen könne. Die Bundeswehr baue zur Zeit ihre Abwehrfähigkeit gegen Panzer so aus, daß ein Panzerangriff der SU allein in Zukunft nicht mehr erfolgreich sein werde. Dies sei für die Verteidigung des Bündnisses das Äusserste, was die Bundeswehr beitragen könne. Die Bundeswehr könne jedoch nie so stark sein, daß sie das Gewicht der Roten Armee ausbalancieren könne. Wenn man damit beginne, die einmalige Ansammlung von Kriegspotential in Mitteleuropa langsam zu vermindern, so könne man davon die Bundeswehr nicht ausschliessen.

(Baur)